

## 1 Globalisierung und Sicherheit: Die Aussichten der Underclass

### Die Situation in den USA

Wir sprechen häufig von Ober-, Mittel- und Unterschicht. In diesem Beitrag verstehen wir unter Unterschicht wenig qualifizierte Arbeiter. Normalerweise sind in Industriegesellschaften mehr Arbeiter/innen verfügbar, als benötigt werden, sodass die Löhne auf dem freien Markt niedrig sind. Bei einem Arbeitskräftemangel in einem bestimmten Land werden Arbeitskräfte aus Ländern importiert, wo diese zahlreich sind. Ein Beispiel ist der regelmäßige Import von Landarbeitern aus Mexiko in die Vereinigten Staaten.

Folglich ist ein bestimmter Prozentsatz der Arbeiterklasse aus der Unterschicht normalerweise arbeitslos. Dieser Zustand gilt den meisten Ökonomen als erstrebenswert, da eine Vollbeschäftigung einen positiven Lohndruck bewirken würde. Die meisten Volkswirte glauben, dass steigende Löhne zu einer Inflation führen und dies vermieden werden muss. Wenn die Arbeitslosenzahlen unter ein bestimmtes Niveau sinken (gewöhnlich 5 bis 7 Prozent), setzt das Federal Reserve Board in den USA (entspricht etwa dem Zentralbankrat) die Zinsraten hoch, um die Wirtschaftsexpansion zu bremsen.

Solange diese Menschen ohne Arbeit als «zeitweilig arbeitslos» gelten, kann man sie noch als Mitglieder der Unterschicht ansehen. Wenn aber viele von ihnen kaum jemals Arbeit finden, wenn sie aufhören, auf dem regulären Markt nach Arbeit zu suchen, dann ändert sich ihr Klassenstatus. Wir können diese Gruppe als Underclass definieren.

Wenn die Gesellschaft erkennt, dass ihre Politik zur ständigen Arbeitslosigkeit von potenziellen Arbeitern führt und es überdies Personen gibt,

die geistig oder körperlich nicht in der Lage sind, an der Marktwirtschaft teilzunehmen, dann wird sie für die Grundbedürfnisse dieser Menschen sorgen. In einer Wohlfahrtsgesellschaft wird für jeden gesorgt. Niemand ist ohne Nahrung, Kleidung und Unterkunft. In einer derartigen Gesellschaft wird die Underclass durch den Staat unterstützt.

In den 1960ern und 1970ern wurden viele europäische Länder zu Wohlfahrtsstaaten. In den Vereinigten Staaten ist man mit zahlreichen Maßnahmen für die Bedürftigen ebenfalls einige Schritte in diese Richtung gegangen. Durch diese Programme, die aus humanitärer Sicht durchaus zu begrüßen sind, wird extreme Armut verhindert.

Doch diese Lösung birgt auch Probleme. In der Underclass entsteht eine Kultur, die ein Verantwortungsgefühl gegenüber der allgemeinen Gesellschaft nicht kennt. Sogar wenn es Arbeit gibt, fehlen die Erfahrung und die Motivation, um auf dem Markt bestehen zu können. Ferner ist die Entlohnung unter Umständen nicht höher als die Sozialhilfe. Mitglieder der Underclass, die ehrgeizig sind und aus der Armut entfliehen möchten, gehen in den Vereinigten Staaten eher in die Kriminalität. In amerikanischen Gefängnissen sind heute zwei Millionen Menschen inhaftiert, die meisten davon gehören zur Underclass.

Für Marx bestand der Klassenkonflikt im Konflikt zwischen Unter- und Oberschicht (Proletariat und Bourgeoisie), doch heute ist es in den Vereinigten Staaten häufiger ein Konflikt zwischen Unterschicht und Underclass. Die Unterschicht ärgert sich darüber, für einen geringen Lohn hart arbeiten zu müssen, wenn andere fürs Nichtstun fast genauso viel erhalten; außerdem fühlt sie sich persönlich von den Gefahren bedroht, die von der Straßenkriminalität ausgehen, bei der die Underclass die Hauptrolle spielt.

Sehr populär war eine «Wohlfahrtsreform» in den USA, die die Arbeitslosen mit Druck zwang, eine Beschäftigung anzunehmen. Seit dieser Reform, die zu Zeiten von Vollbeschäftigung eingeführt wurde, sind viele Arbeitslose, auch einige aus der Underclass, in die arbeitende Bevölkerung zurückgekehrt. Aber auch die Zahl der Obdachlosen und Hungernden hat zugenommen, und die Gefängnispopulation wächst weiterhin. Wenn Gesetze zur Beendigung der Sozialhilfe in Kraft treten, wird sich die Situation der Underclass noch weiter verschärfen.

Vergegenwärtigt man sich die Folgen der heutigen Politik, so sieht die Zukunft düster aus. Wenn man die Unterstützung der Underclass einstellt, während man gleichzeitig eine beträchtliche Arbeitslosigkeit in Kauf nimmt, um eine «Lohninflation» zu bekämpfen, kann das Elend nur schlimmer werden. Menschen, die innerhalb des Gesetzes nicht überleben können, werden ihr Überleben außerhalb des Gesetzes suchen. Die Working Poor werden gegenüber der Underclass noch stärkeren Groll hegen. Und die Gesellschaft als Ganzes wird diese gesamte Klasse nicht nur als überflüssig, sondern vielmehr als Krebsgeschwür ansehen. Zunehmend wird man die Rolle der Polizei darin sehen, die restliche Gesellschaft vor der Underclass zu beschützen. Die Aussichten für die Underclass sind trostlos.

Die Gefahr ist sogar noch größer, als die «Klassenanalyse» allein andeutet. In den Vereinigten Staaten sind Klasse und Rasse eng verbunden. Obwohl Menschen aller Rassen der Underclass angehören, bestimmen in der Vorstellung der anderen die Schwarzen das Bild der Underclass. Rassistische Gefühle gegen Schwarze (und häufig auch gegen andere Minderheiten) von Seiten der Weißen mischen sich mit Klassengefühlen und verschlimmern diese. Sie wirken sich auch auf die Einstellung gegenüber Schwarzen aus andern Schichten aus. Schwarze reagieren mit Wut auf diesen anhaltenden Rassismus der US-Gesellschaft.

In dieser für die Underclass gefährlichen Situation verspräche ein Politikwechsel in Bezug auf Arbeitslosigkeit und Löhne einigen Erfolg. Wenn die Regierung ernsthaft Vollbeschäftigung anstrebte, könnte der Hauptgrund für das Anwachsen der Underclass ausgeschaltet werden. Jedes Kind könnte in der Erwartung aufwachsen, dass es von der Gesellschaft erwünscht ist und gebraucht wird.

Zusätzlich würde eine Politik der Vollbeschäftigung zu steigenden Löhnen für ungelernete Berufseinsteiger führen. Vollbeschäftigung, die zurzeit als «Lohninflation» bezeichnet und durch das Abbremsen der Wirtschaft mit Hilfe höherer Zinsraten erfolgreich vermieden wird, würde dann als Chance für die Arbeiter/innen verstanden, am Wohlstand der Nation teilzuhaben. Überdies würden gut bezahlte Arbeitskräfte den Menschen, die aus irgendeinem Grund nicht fähig sind, am Arbeitsleben teilzunehmen, die Sozialhilfefzahlungen gönnen.

Natürlich würde diese Politik nicht sofort die Kultur der Underclass auflösen. Es kann momentan nur ein Wandlungsprozess eingeleitet werden, der bis zu seinem Abschluss mindestens zwei Generationen brauchen wird. Eine Richtungsumkehr in der vorgeschlagenen Weise würde jedoch von sich aus die Situation sofort verbessern.

Ein Gegenargument ist, dass diese Lösung eine Inflation verursacht. Dass dies wirklich der Fall sein wird, ist aus der Geschichte nicht ersichtlich. Die Daten können auch ganz anders interpretiert werden. Es ist bemerkenswert, dass die niedrige Arbeitslosenrate der späten 1990er-Jahre nicht mit einer Inflation einherging. Wenn es Anfang des neuen Jahrtausends zu einer Inflation kommt, wird man sie zweifellos einer zu geringen Arbeitslosenquote und der damit einhergehenden Lohnerhöhung anlasten. Eine Inflation kann aber genauso gut das Ergebnis der wiederholten Zinserhöhungen sein, die das Federal Reserve Board zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit vorgenommen hat.

### **Der globale Kontext**

Auf globaler Basis ist das Problem noch wesentlich komplexer. Eine Nation kann ihre eigene Politik in dem Umfang durchsetzen, in dem Wirtschaftszweige Bestandteil des nationalen Marktsystems sind. Sie kann Vollbeschäftigung anstreben und die Löhne steigen lassen und dieses Ziel sogar aktiv unterstützen. Ein Land kann beschließen, für alle Menschen zu sorgen, die nicht fähig sind, am Markt teilzunehmen. Da sich alle Arbeitgeber/innen mit demselben Hintergrund um Arbeitskräfte bemühen, haben alle die gleiche Chance auf Erfolg. Vollbeschäftigung bei guten Löhnen bedeutet eine hohe Güternachfrage. Ein stabiler Wohlstand ist möglich.

In einer globalen Wirtschaft kommt es jedoch zu ernststen Problemen. Produzenten in Hochlohnländern müssen mit Produzenten in Niedriglohnländern in Wettbewerb treten. Sie sind in arbeitsintensiven Industriezweigen gezwungen, die Produktion in Länder mit niedrigem Lohnniveau zu verlegen. Länder mit hohem Lohnniveau und einem Versorgungssystem für alle Bürger stehen unter starkem Druck, ihre Volkswirtschaft zu verändern. Sie müssen entweder eine hohe Arbeitslosigkeit akzeptieren,

wie in großen Teilen von Europa, oder sie müssen die Arbeitskosten reduzieren, wie in den Vereinigten Staaten. Beide politischen Wege führen zum Anwachsen einer Underclass.

Häufig wird angenommen, dass die weniger entwickelten Länder profitieren, wenn die hoch entwickelten Nationen diesen Preis zahlen. Sicherlich fand in vielen Entwicklungsländern wesentlich mehr industrielle Entwicklung statt, als sonst erfolgt wäre. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) machen diese Nationen schnelle Fortschritte. Leider ist dieses Wachstum im typischen Fall auch vom Entstehen einer Underclass in diesen Ländern begleitet.

Die Entwicklungen unterscheiden sich von Land zu Land. Einige Länder in Ostasien haben wie Japan ihre Industrialisierung auf nationaler Ebene streng kontrolliert. In diesen Ländern gab es kaum eine Underclass; sie tritt erst jetzt in Erscheinung, weil sich diese Länder den Kräften des globalen Marktes öffnen müssen. Die Situation in Japan, Südkorea, Taiwan und Singapur ist der in Europa ähnlich.

Andere asiatische Länder, wie Thailand und Indonesien, haben sich hauptsächlich innerhalb des Weltmarkts entwickelt. Dieses Modell war auch für Südamerika und Afrika typisch, soweit dort überhaupt industrielle Entwicklung stattgefunden hat. Einige allgemeine Überlegungen sollen aufzeigen, wie eine Underclass in diesen Ländern entsteht.

Noch nicht industrialisierte Gesellschaften sind arbeitsintensiv. Es gibt Arbeit für die meisten Menschen, und das Einkommen reicht aus, um das Existenzminimum, aber kaum mehr, zu erwirtschaften. Fast alle sind arm, aber alle haben einen Platz in der Volkswirtschaft.

Transnationale Unternehmen verändern diese Volkswirtschaften mit ihren Investitionen. Sie können die besten Landflächen für die landwirtschaftliche Produktion zu Exportzwecken kaufen und damit die sich selbst versorgenden Bauern verdrängen. Einige der Bauern werden in den neu entstehenden Agrobusinessunternehmen angestellt; da die Produktionsmethoden jedoch weniger arbeitsintensiv sind, werden weniger Arbeitskräfte benötigt. Ähnlich ist es mit Handelsketten, die Importgüter einführen und damit die heimischen Handwerksbetriebe und kleinen Geschäfte in der Nachbarschaft unterbieten. Einige frühere Handwerker und Kaufleute werden als Angestellte beschäftigt, aber viele werden nicht

mehr gebraucht. Diese Arbeitskräfte, die ihre unabhängige Lebensgrundlage verloren haben, stehen jetzt als Industriearbeiter zur Verfügung.

Das Verdrängen aus dem traditionellen Wirtschaftsleben findet schneller statt als die Eingliederung der Arbeitskräfte in die neuen Industrien. Sozialer Wandel ruft neue Bedürfnisse und auch neue Wünsche hervor. Viele Frauen, insbesondere junge, nehmen Arbeitsstellen an. Die Zahl der Unbeschäftigten und Unterbeschäftigten nimmt rasant zu.

Hier haben wir es mit einem Teufelskreis zu tun. Da so viele nach Arbeit suchen, sind die Löhne sehr niedrig. Ein Lohn allein reicht jedoch nicht einmal aus, um eine kleine Familie zu ernähren, daher müssen immer mehr Familienmitglieder nach Arbeit suchen. Dies wiederum vergrößert den Pool der Arbeitskräfte, und die Löhne werden weiter gedrückt. Sobald die Löhne in einem Land ansteigen, locken andere Länder Industriensiedlungen durch ein niedriges Lohnniveau an. Zurzeit beherrscht dieser Vorgang die globale Szene; man kann ihn als «Wettlauf nach unten» beschreiben.

In globalem Zusammenhang werden die Entwicklungsprobleme durch die extreme Mobilität des Kapitals noch verschlimmert. Kapitalflüsse schaffen scheinbaren Wohlstand und sogar beträchtliche einheimische wirtschaftliche Entwicklung. Wenn das Kapital jedoch – unter Umständen plötzlich – abgezogen wird, wird diese Entwicklung abrupt beendet, es kommt zum Bankrott von einheimischen Unternehmen, der häufig mit einem Notverkauf der Produktionsstätten und der Übernahme durch transnationale Investoren endet. Entwicklungsländer bleiben auf hohen Schulden sitzen, die durch weitere Ausbeutung ihrer Arbeitskräfte bezahlt werden müssen. Die Hilflosigkeit gegenüber dem internationalen Kapitalverkehr trägt zur prekären Situation der armen Länder bei.

Hier passt der Begriff der Underclass, wie wir ihn für die Vereinigten Staaten definiert haben, nicht richtig. In weiten Bereichen der Weltwirtschaft reicht eine einfache Beschäftigung nicht, um einen Menschen aus der Underclass herauszuheben. Löhne, die weit unter dem Existenzminimum liegen und mit einer unsicheren Arbeitsstelle einhergehen, machen einen Menschen nicht zum Mitglied einer echten Arbeiterklasse. Allzu oft sind heranwachsende Töchter die einzigen Familienmitglieder, die Arbeit finden. Unter günstigen Umständen ist dies Arbeit in einer Fabrik, wo man

bevorzugt junge Frauen einstellt. Leider arbeiten jedoch Millionen von jungen Mädchen als Prostituierte. Die globale Underclass besteht aus den Arbeitslosen, den Unterbeschäftigten und den massiv Unterbezahlten, die alle keinen Zugang mehr zu den traditionellen Mitteln haben, mit denen sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. In den meisten Fällen sind die Regierungen nicht fähig oder nicht willens, sie mit dem Nötigsten zu versorgen.

Eine «Entwicklung», die diese Underclass hervorbringt, ist nicht die einzige Möglichkeit. Wir haben festgestellt, dass man zuerst in Japan ein anderes Modell praktiziert hat, das mit Erfolg von Südkorea, Taiwan und Singapur nachgeahmt worden ist. In diesem Modell haben die nationalen Regierungen die Entwicklungsmuster kontrolliert, indem sie eng mit dem einheimischen Gewerbe zusammengearbeitet haben.

Ein drittes Modell ist wesentlich weniger erprobt. Man kann es als Gemeinschaftsentwicklungsmodell bezeichnen. In diesem Modell ist nicht die Welt oder die Nation, sondern das Dorf oder das örtliche Gemeinwesen die Einheit. Ziel ist es, das Leben der Gemeinschaft zu verbessern. Mit Hilfe von einfacher Technologie wird die Produktivität von Bauern und Handwerkern gesteigert. Sie werden nicht durch Agrobusinessunternehmen, Importgüter oder große Einzelhändler verdrängt.

Die Befürworter einer globalisierten Wirtschaft versichern uns immer wieder, es gebe keine Wahl; das ist eine Übertreibung. Durch diese Behauptung soll das Interesse an Optionen wie den oben erwähnten vermindert werden, sodass sie gar nicht erst in Erwägung gezogen werden. Es gibt Orte, wo diese anderen Modelle noch praktische Bedeutung haben, und mit genügend Unterstützung könnten sie noch wichtiger werden. Trotzdem müssen wir auch überlegen, ob das Elend der globalen Underclass innerhalb des herrschenden Weltwirtschaftssystems gelöst werden kann.

Es gibt verschiedene Bewegungen, die die Politik der transnationalen Konzerne beeinflussen. Einige Unternehmensführer tun, was sie können, um ihren Angestellten zu helfen. Konzerne haben ethische Richtlinien aufgestellt, was ihre Geschäftspraxis in Entwicklungsländern angeht. Verantwortungsvolle Investoren schlagen ihren Unternehmen vor, zu einem Lohn überzugehen, der das Existenzminimum deckt. Verbraucher/innen organisieren sich, um mit demselben Ziel Druck auf ausgewählte Firmen

auszuüben. Die meiste Wirkung hatten bisher Studentengruppen, die ihre Colleges und Universitäten dazu brachten, Waren nicht mehr von Unternehmen zu beziehen, die unkooperativ waren. Einige wenige Firmen haben die Standorte ihrer Fabriken bekannt gegeben und erlauben unabhängige Inspektionen. Die Öffentlichkeit kann mithelfen, einen Teil des schlimmsten Missbrauchs zu stoppen. Verantwortungsvolle Investoren und Verbraucher/innen in den USA unterstützen ferner Gewerkschaften in Entwicklungsländern. Auch hier hat es einigen Erfolg gegeben.

All diese Bemühungen um eine Humanisierung der globalen Wirtschaft lohnen sich. Sie können das weltweite Elend von Millionen Menschen aus der Underclass etwas lindern. Trotzdem sind die Grenzen dieser Bemühungen offenkundig. Im Allgemeinen erhöhen sich die Kosten, wenn man den Forderungen verantwortungsvoller Menschen nachkommt. Konzerne mit einer derartigen Unternehmenspolitik haben gegenüber den anderen Firmen einen Wettbewerbsnachteil. Aktionärsbeschlüsse und Verbraucherboykotte können keine allgemeine Wirksamkeit haben. Die Unternehmen, die am meisten auf soziale Forderungen reagieren, werden wirtschaftlich am anfälligsten. Wenn die Gewerkschaften in einem Land erfolgreich sind, wird die Produktion häufig in ein anderes Land verlagert, dessen Arbeiterschaft unter Garantie passiver ist.

Beträchtliche und sichere Gewinne machen globale Regeln nötig, vergleichbar den Regeln, die in der Vergangenheit in den meisten Industriegesellschaften von den Gewerkschaften durchgesetzt wurden. Die WTO wäre die Einrichtung, die diese Regeln am besten umsetzen könnte. Bisher hat sie eher eine Politik vertreten, die Konzerninteressen am freien Güter- und Kapitalverkehr unterstützt hat und nicht für Fairness gegenüber den Arbeitskräften eingetreten ist. Das Problem ist jedoch angesprochen worden. Die Entwicklung von Arbeitsstandards auf globaler Ebene kann für die Arbeitskräfte auf der ganzen Welt nicht dasselbe bewirken, was die nationalen Standards einst innerhalb der Länder geschafft haben, sie kann jedoch die schlimmsten Missstände des gegenwärtigen Systems abbauen.

Ein anderer, vielleicht hilfreicher Vorschlag ist eine von James TOBIN vorgeschlagene Steuer (Tobin-Tax), eine Besteuerung von Devisentransaktionen, bei der die Devisengeschäfte mit einem halben Prozent besteuert werden und der Erlös an die Vereinten Nationen gehen soll. Diese Trans-



aktionen haben einen Wert von 1,5 Billionen Dollar pro Tag, wovon nur 5 Prozent im Waren- und Dienstleistungsverkehr abgewickelt werden. Der größte Teil sind kurzfristige Spekulationsgeschäfte, die wenig zur Wirtschaft, dafür aber viel zu den oben beschriebenen Turbulenzen beitragen.

Die Steuer würde gleichzeitig die Turbulenzen der Finanzmärkte verringern und Geld für die Bekämpfung der weltweiten Armut freisetzen. So stünden ausreichende Summen zur Verfügung, Bildung und Gesundheitsfürsorge weltweit zu verbessern und ein soziales Netz für die Armen einzurichten. Besonders in Europa findet die Vorstellung der Tobin-Tax viel Unterstützung.

Ein letzter Vorschlag ist der Schuldenerlass. Es ist zu komplex, hier auf knappem Raum zu erklären, wieso ein Großteil der Welt zu Schuldern der entwickelten Länder und der internationalen Finanzeinrichtungen wurde. Es besteht jedoch kein Zweifel, dass viele Länder ihre Schulden niemals tilgen können und die Zinszahlungen es ihnen unmöglich machen, ihre Armen angemessen zu versorgen. Außerdem zwingt es sie, die Löhne im Wettbewerb um Investoren niedrig zu halten.

Die internationale Schuldenkampagne *Jubilee 2000* hat mit ihrem Vorschlag, den ärmsten Ländern der Welt die Schulden zu erlassen, beträchtliche Aufmerksamkeit erregt. Viele Regierungen haben eingewilligt, Schritte in dieser Richtung zu unternehmen. Bei genauer Prüfung gehen nicht alle Abkommen so weit, wie die offiziellen Verlautbarungen vermuten lassen. Die Idee ist jedoch prinzipiell akzeptiert, und es sind Fortschritte zu ihrer Umsetzung erreicht worden.

### **Der größere Zusammenhang**

Bisher haben wir die Lage der Underclass betrachtet, als ob sie sich in einem physischen Vakuum befände. Wenn wir jedoch den größeren Zusammenhang, das System Erde als Ganzes, miteinbeziehen, ist die Situation beunruhigender.

Als Hauptargument für die Globalisierung der Wirtschaft wird angeführt, dieses System sei am besten zur Förderung eines allgemeinen Wirtschaftswachstums fähig. Viele verantwortungsbewusste Ökonomen geben

zu, dass die Anfangsphasen von transnationaler Kapitalanlage viel Leid mit sich bringen. Die Reichen werden noch reicher, und die Armen werden noch ärmer. Diese Ökonomen argumentieren jedoch, dass die Produktion mit der Zeit bis zu einem Punkt zunimmt, bei dem alle profitieren. Geduld ist nötig. Sie glauben, es werde schließlich keine Underclass und sogar keine Armut mehr geben.

Es gibt viele Gründe, dieses Szenario skeptisch zu betrachten. Der wichtigste: Es verkennt die physischen Grenzen unseres Planeten. Aus ökologischer Sicht ist das Ausmaß der globalen Wirtschaftsaktivität schon jetzt zu groß. Würde die gegenwärtige Produktion gleichmäßig auf der ganzen Welt verteilt, dann könnte sie überall die schlimmste Armut besiegen. Aber niemand, und bestimmt nicht die Vertreter der Wirtschaftsglobalisierung, schlägt eine solche Umverteilung vor. Es wird argumentiert, dass bei einer Zunahme der Gesamtproduktion alle proportional profitieren werden.

Der so genannte Brundtland-Bericht (unter Leitung von Gro BRUNDTLAND für die Vereinten Nationen erstellt) legte dar, dass das Einkommen der Armen dieser Welt beim jetzigen Bevölkerungswachstum mindestens um das Sechsfache steigen müsste, um die schlimmste Armut zu beseitigen. Nach Ansicht der Autoren wird diese Zunahme nicht stattfinden können, wenn andere Gesellschaftsschichten nicht auch einen sechsfachen Einkommenszuwachs erzielen. Das bedeutet, dass die Produktion in einer Welt, wo die Wirtschaftstätigkeit schon jetzt an die ökologischen Grenzen stößt, um das Sechsfache gesteigert werden müsste.

Dieses Problem war den Autoren in gewisser Hinsicht bewusst. Sie hielten es für möglich, die Ressourcen wesentlich effizienter zu nutzen und die Umweltverschmutzung beträchtlich zu reduzieren. Zweifellos können auf diese Weise wichtige Erfolge erzielt werden. Ein Teil des Wachstums kann zudem in Form von Dienstleistungen stattfinden, die die Umwelt nicht belasten. Es ist jedoch sogar theoretisch äußerst zweifelhaft, dass ein solches Wachstum keine katastrophalen ökologischen Folgen hat.

Es ist auf jeden Fall kaum wahrscheinlich, dass man sich konsequent an das ideale Vorgehen halten würde; bisher zumindest ist man nicht so verfahren. In China zum Beispiel hat das rasante Industriewachstum der letzten Jahre bereits zu einer erschreckenden Umweltverschmutzung und zur Verknappung der Wasserreserven geführt. Eine zusätzliche Ver-

doppelung oder Vervierfachung der Industrieproduktion ist dort kaum vorstellbar.

Die globale Erwärmung gehört zu den folgenreichsten Eingriffen in die Umwelt. Es ist heute gut belegt, dass diese Erwärmung und eine damit einhergehende Zunahme an Stürmen und anderen Witterungsanomalien bereits stattfindet. Eine erhöhte Industrieaktivität wird diese Situation fast mit Sicherheit verschlimmern. An einem gewissen Punkt wird der Schaden den kurzfristigen Nutzen (selbst in den krassesten Wirtschaftsberechnungen) übertreffen.

Dies impliziert, dass das Ideal eines durch den globalen Markt geförderten globalen Wirtschaftswachstums im absoluten Gegensatz zu den physischen Realitäten unseres Planeten steht. Das globale Wachstum kann die Probleme der Underclass, die erst durch seine Auswirkungen entstehen, nicht lösen.

Sorgen macht besonders die Vorstellung, was mit der Underclass geschehen wird, wenn die Grenzen langsam ins allgemeine Bewusstsein dringen. Das Interesse am Überleben der Underclass wird sinken, sobald sich die herrschende Klasse darüber klar wird, dass für die Wirtschaftsaktivität, die der Planet mengenmäßig verkraften kann, niemals die Arbeitskraft der Milliarden benötigt wird, die zurzeit die Erde bevölkern. Die Entscheidungsträger dieser Welt werden zu der Überzeugung gelangen, dass eine wesentlich geringere Bevölkerung erstrebenswerter wäre. Deshalb wird die Underclass nicht nur als überflüssig, sondern als Hindernis für das Wohlergehen der «produktiven» Menschen erscheinen. Wenn die Underclass dann aus Verzweiflung zu Gewalt greift, werden die Mächtigen genau die Entschuldigung haben, die sie brauchen, um viele Angehörige der Underclass zu beseitigen.

### **Wege aus der Krise**

Können wir uns ein weniger schreckliches Szenario vorstellen? Ja, das können wir, doch würde es ein Ausmaß von Veränderungen erfordern, wie es bisher in den politischen Szenarien kaum vorgesehen ist.

Als Erstes müsste das Konzept des Wirtschaftswachstums völlig in Frage gestellt werden. Das Bruttoinlandsprodukt, dessen Zunahme jetzt als

Rechtfertigung für eine Globalisierung der Wirtschaft herangezogen wird, ist keineswegs ein Maßstab für menschliches Wohlergehen. Diese Tatsache ist im Einzelnen nachgewiesen worden. Wenn man alternative Maßstäbe wie den *Index of Sustainable Economic Welfare* (ISEW, Index des nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstands) oder den *Genuine Progress Indicator* (GPI, Indikator für tatsächlichen Fortschritt) als Richtlinien für die Wirtschaftsaktivität heranzieht, zeigt sich, dass Wachstum, wie es durch das Bruttoinlandsprodukt (oder das Weltsozialprodukt) gemessen wird, häufig überhaupt nicht zu echtem wirtschaftlichem Wohlstand beiträgt!

Als Zweites sollten wir erkennen, dass wirtschaftlicher Wohlstand nur einen Teil des gesamten Wohlergehens bildet. Ökonomisches Denken hat die Welt in den letzten fünfzig Jahren beherrscht, das sollten wir rückgängig machen. Wir sollten Politik nach ihrem Beitrag zur «Gesundheit» der Erde beurteilen, dazu gehören alle Bewohner/innen, insbesondere die Menschen. Durch diese Evaluierung würden wir – ähnlich wie bei dem oben skizzierten zerstörerischen Zukunftsszenario, jedoch auf anderem Weg – zu der Einsicht gelangen, dass ein weiteres Bevölkerungswachstum für die Zukunftsaussichten des Menschen schädlich ist. Diese Einsicht würde jedoch auf eine andere Bewertung der Prioritäten in den reichen Nationen hinarbeiten: weg von der Konsumgesellschaft und hin zu wichtigeren menschlichen Werten sowie zu positiven Maßnahmen für Kleinfamilien in den Entwicklungsländern, wie auf der UN-Konferenz von Kairo vorgeschlagen wurde.

Als Drittes sollten wir sicherstellen, dass der Wirtschaftssektor *allen* Menschen dient. Dieser Wandel würde eine Machtverschiebung weg von Wirtschaftsinstitutionen, die hauptsächlich von wirtschaftlichem Gewinnstreben geleitet werden, hin zu politischen, sozialen und kulturellen Einrichtungen beinhalten, durch welche die Menschen insgesamt ihren Willen ausdrücken können. Dieser Zug würde den Trend der letzten fünfzig Jahre umkehren; er sollte allerdings nicht zurück zum extremen Nationalismus der Vergangenheit führen. Nationale Macht sollte sowohl durch internationale Organisationen, wie die gestärkten Vereinten Nationen, legitimiert werden, als auch dorthin übertragen werden, wo die Menschen unmittelbar an den Entscheidungen teilnehmen können.

Als Viertes sollte die Wirtschaft wesentlich nationaler und innerhalb der Nationen lokaler werden. Dieser Vorschlag ergibt sich aus den vorhergehenden Punkten. Eine globale Wirtschaftsmacht lässt sich nicht den politischen, sozialen und kulturellen Kräften unterordnen, wie sie auf nationaler und lokaler Ebene bestehen. Katastrophen werden unvermeidbar, wenn die Menschen nicht generell in der Lage sind, sich zu ernähren, zu bekleiden und Unterkunft zu finden, und wenn menschliche Gemeinschaften auf nationaler und lokaler Ebene ihr Leben nicht im Einklang mit dem Nutzen aller Mitglieder führen können.

Es gibt kaum Zweifel, dass schließlich wieder lokale Wirtschaftsunternehmen entstehen werden. Die globalisierte Wirtschaft wird immer anfälliger. Ihre Prämissen – dass sie der Menschheit ökonomisch nütze und unbegrenzt wachsen könne – sind beide falsch. Derartig grundlegende Irrtümer bedeuten einen Zusammenbruch. Aber kann ein solcher Wandel ohne Katastrophe stattfinden?

Die neueren Entwicklungen in Kuba lassen hoffen. Kuba hat das globalwirtschaftliche Denken übernommen, obwohl die Vereinigten Staaten seinen Zugang zur globalen Wirtschaft blockierten. Kuba war Teil des sowjetischen Wirtschaftsblocks, spezialisierte sich auf Zuckerproduktion und importierte viele Güter des täglichen Bedarfs. Als die Sowjetunion zusammenbrach, wurde Kuba sich selbst überlassen und war gezwungen, seine Volkswirtschaft so zu reorganisieren, dass die eigene Bevölkerung mit Nahrung, Bekleidung und Unterkunft versorgt und gleichzeitig Erziehung und Gesundheitsfürsorge sichergestellt wurden.

Die Vereinigten Staaten reagierten auf die Krise in Kuba, indem sie – in der Hoffnung auf einen Zusammenbruch – die wirtschaftliche Isolation verstärkten. Trotzdem überlebte Kuba. Und trotz all des Elends, das die Bevölkerung durch die Fehler der eigenen Regierung und aufgrund des amerikanischen Embargos durchgemacht hat, ist der Gesamtzustand in Kuba besser als in den meisten lateinamerikanischen Ländern. Wegen des fehlenden Erdöls hat ein Großteil der landwirtschaftlichen Produktion jetzt auf ökologischen Landbau umgestellt. Insgesamt ist Kubas Volkswirtschaft ökologisch nachhaltig.

Thema dieses Beitrags sind die Zukunftsaussichten der Underclass, wie sie sich aus der in den Vereinigten Staaten und weltweit herrschenden

Politik ergeben. Schon jetzt ist die Lage der Underclass miserabel. Die Aussichten sind entsetzlich. Wir hören immer, eine globalisierte Wirtschaft sei die Lösung. Sie ist es nicht. Bereits heute ist sie weit mehr Problem als Lösung. Wenn wir die gegenwärtige Politik fortsetzen, werden unvorstellbare Gräueltaten für die Underclass die Folge sein. Kuba hat viele Probleme, man sollte es nicht verklären. Es gibt jedoch in Kuba keine Underclass, die mit extremen Bedrohungen konfrontiert ist.

Kuba hat sich unter äußerst schwierigen Bedingungen zu einer nachhaltigen Volkswirtschaft entwickelt. Vielleicht kann die Welt diesen Wandel besser schaffen. Stellen wir uns vor, weltweit würden Dutzende von Nationen eine Selbstversorgung in der Nahrungsmittelproduktion, hauptsächlich durch ökologischen Landbau, anstreben, und zwar nicht plötzlich und aus drängender Notwendigkeit (wegen einer feindlichen Haltung der USA), sondern weil sie eine sichere und nachhaltige Zukunft anstrebten. Stellen wir uns vor, diese Länder verpflichteten sich, auch ihre anderen Bedürfnisse zu befriedigen, ohne massiv von Importen wie Erdöl abhängig zu sein. Stellen wir uns vor, diese Bestrebungen gingen mit arbeitsintensiveren Produktionsmethoden einher. Stellen wir uns vor, diese Länder überlegten sich bei jedem Schritt, welche Auswirkungen ihre Politik auf die in Armut Lebenden und die natürliche Umwelt hätte. Stellen wir uns schließlich vor, die internationale Gemeinschaft unterstützte sie in diesen Aktionen. Die globale Erwärmung und andere Umweltbedrohungen würden geringer, eine Underclass würde in diesen Ländern nicht länger existieren, und die Zukunft böte den Armen Besseres als die totale Katastrophe.

Dieser notwendige Wandel steht in den Kreisen der Mächtigen jedoch nicht zur Debatte. Dafür werden jetzt Elemente dieses Wandels von den NGO (Nichtregierungsorganisationen) aufgegriffen. Seit 1992 (in Zusammenhang mit dem Umweltgipfel von Rio de Janeiro) beginnen NGO, die eine Vielzahl von Anliegen vertreten, mit gemeinsamer Stimme zu sprechen. Menschenrechtsgruppen, Umweltschützer/innen, Gewerkschaften, Entwicklungshelfer/innen, indigene Völker und andere – sie alle haben die Bedrohung erkannt, die die gängigen Globalisierungspraktiken für ihre Anliegen darstellen. Sie arbeiten mittlerweile zusammen, so wie in den USA in Seattle 1999 und in Washington D. C. 2000 geschehen. Es ist nicht unmöglich, dass ihr Einfluss zunehmen wird.

## Weiterführende Literatur

- BUCHANAN, Patrick J. 1998. *The Great Betrayal*. Boston: Little, Brown.
- COBB, John B., Jr. 1994. *Sustaining the Common Good: A Christian Perspective on the Global Economy*. Cleveland: Pilgrim Press.
- COBB, John B., Jr. 1999. *The Earthist Challenge to Economism: A Theological Critique of the World Bank*. New York: St. Martin's Press.
- DALY, Herman E., und John B. COBB, Jr. 1994. *For the Common Good: Redirecting the Economy Toward Community, the Environment, and a Sustainable Future*. 2. Aufl., Boston: Beacon Press.
- FRIEDMAN, Thomas L. 2000. *The Lexus and the Olive Tree*. Revidierte Ausgabe. New York: Anchor Books.
- KORTEN, David C. 1995. *When Corporations Rule the World*. West Hartford, Conn.: Kumarian Press.
- KORTEN, David C. 2000. *The Post-Corporate World: Life after Capitalism*. West Hartford, Conn.: Kumarian Press.
- RAGHAVAN, Chakravarthi. 1990. *Recolonization: GATT, the Uruguay Round, and the Third World*. Penang, Malaysia: Third World Network.

